

# ANTRAGSBUCH ZUM DIGITALEN KLEINEN LANDESPARTEITAG

am 12. September 2020

digitaler  
**PARTEITAG**

Bayern  
**SPD**



## Anträge

### Inhaltsverzeichnis

01 Applaus reicht nicht (mehr) – wir packen an für die beste Gesundheitsversorgung in Bayern	2
02 Soziale Verkehrswende: Klimafreundliche Mobilität – bezahlbar und für alle!	10
03 Soziale und gemeinwohlorientierte Digitalisierung für alle Menschen in Bayern	20

# Antrag 01: Applaus reicht nicht (mehr) – wir packen an für die beste Gesundheitsversorgung in Bayern

Laufende Nummer: 2

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 Ausgangslage

2 Wie belastbar ist unser Gesundheitssystem? Mit der Covid 19 Pandemie mussten wir neue  
3 Antworten geben. Denn alle, die glaubten es läuft schon irgendwie und  
4 wettbewerbsrechtliche und marktorientierte Ansätze schaffen Lösungen, wurden so  
5 deutlich wie nie zuvor Lügen gestraft. Wir hielten und halten einen starken  
6 Sozialstaat entgegen. Denn nur so konnten wir im Vergleich zu anderen  
7 Gesundheitssystem in Europa aber auch weltweit, vergleichsweise gut bis jetzt durch  
8 die Pandemie kommen. Die Beschäftigten haben sich in all den verschiedenen  
9 Einrichtungen über den Zuspruch und den Applaus aus der Bevölkerung gefreut. Aber  
10 ganz klar ist: Applaus reicht schon längst nicht mehr. Unser Gesundheitssystem kann  
11 auf Dauer den Ansprüchen einer guten Versorgung nur gerecht werden, wenn wir  
12 grundregelnde Reformen einleiten. Im Moment können wir die Auswirkungen der Pandemie  
13 auf unser Gesundheitssystem noch nicht abschließend bewerten. Klar ist schon jetzt:  
14 die Pandemie hat wie ein Brennglas die Fehler, Lücken und Fehlanreize offengelegt.  
15 Daher ist jetzt Zeit zu Handeln!

16 Die Covid-19-Pandemie stellt unser Gesundheitssystem seit Anfang des Jahres 2020 vor  
17 Herausforderungen in bisher ungekanntem Ausmaß. Die Versäumnisse der letzten  
18 Jahrzehnte insbesondere beim ÖGD/Personal/Produktionsverlagerung treten nun offen zu  
19 Tage. Den Verfechtern eines privatwirtschaftlich organisierten Gesundheitssystems  
20 wurde schonungslos offengelegt, dass ein finanziell gut ausgestattetes öffentliches  
21 und selbstverwaltetes Gesundheitswesen wie das unsere den aktuellen Herausforderungen  
22 besser gewachsen ist.

23 Gesundheit und Pflege geht uns alle an. Vom Säuglings- bis zum Seniorinnenalter  
24 müssen sich alle Bürger\*innen in Bayern auf eine zuverlässige und flächendeckende  
25 Gesundheits- und Pflegeversorgung in jeder Lebensphase verlassen können. Unabhängig  
26 von Wohnort und Versichertenstatus muss ein starker Sozialstaat beste Leistungen  
27 bereitstellen und zur Entlastung der Angehörigen und der Patient\*innen eine  
28 wohnortnahe Versorgung im stationären und ambulanten Bereich sicherstellen.

29 Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehören neben der haus- und fachärztlichen  
30 Versorgung der bayernweite Erhalt und die Stärkung der Grundversorgung im stationären  
31 Bereich sowie der Zugang zu Präventionsmaßnahmen, guter Pflege und Rehabilitation.  
32 Weiterhin muss die Versorgung mit Arzneimitteln, wohnortnahe Geburtshilfe und eine  
33 verlässliche Hebammenversorgung sichergestellt werden. Palliativmedizin und Angebote

34 im Hospizwesen müssen ausgebaut werden. Infektprävention und koordiniertes Vorgehen  
35 bei sich abzeichnenden Pandemien sind strukturiert und verstärkt anzugehen. Nicht zu  
36 vergessen, die Versorgung psychisch kranker Menschen in allen Teilen Bayerns muss  
37 ausgebaut werden, sowie die Angebote für Erwachsene als auch besonders die Kinder-  
38 und Jugendpsychiatrie. Die Mitsprache der Psychiatrieerfahrenen muss ausgeweitet  
39 werden. Das Psychisch-Krankenhilfegesetz muss weiter als Kriseninterventionsgesetz  
40 ausgebaut werden, das die Versorgung im Sinne der Betroffenen bayernweit stärkt und  
41 diese nicht stigmatisiert.

42 Zur Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheits- und Pflegeversorgung sind die  
43 Arbeitsbedingungen von Ärzt\*innen und Pflegepersonal zu verbessern. Die Arbeit als  
44 Hausärzt\*in im ländlichen Raum muss ebenso attraktiv sein, wie die Arbeit als  
45 Fachärzt\*in in der Großstadt. Deshalb ist für Hausärzte\*innen die Hausarztzentrierte  
46 Versorgung (HZV) nach §73b SGB V weiter zu stärken. Die Arbeit des Personals darf  
47 nicht durch den ständigen Mangel an Zeit und Personal geprägt sein. Wir brauchen  
48 daher eine gesetzliche Personalbemessung, die ausreichend Personal sichert und deren  
49 Finanzierung deckt. Die Herauslösung des Pflegebudgets aus den DRGs (Fallpauschalen)  
50 geht hier in die richtige Richtung. Weitere Schritte müssen zur Verbesserung der  
51 Arbeitsbedingungen folgen. Ebenso muss die Krankenhausplanung im Allgemeinen  
52 verändert werden. Wurde durch die Studie der Bertelsmann Stiftung 2019 fast jedes  
53 zweite Krankenhaus in Frage gestellt, wissen wir nun: die Krankenhausplanung darf  
54 nicht mehr reine Ländersache sein. Ebenso wenig, wie ein Virus an Ländergrenzen  
55 stoppt, darf die Versorgung der Bevölkerung stoppen.

#### 56 **1. Flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversorgung in Bayern!**

57 Die Kernfrage ist: welche Gesundheits- und Pflegeversorgung brauchen wir quer durch  
58 das Flächenland Bayern? Aktuell erleben wir in vielen Gemeinden und Landkreisen eine  
59 Unterversorgung, die auch aufgrund des Personalmangels zunehmen wird. Gleichzeitig  
60 gib es in einzelnen Bereichen und Fachrichtungen auch eine Überversorgung. Für uns  
61 ist daher klar: bei Gesundheits- und Pflegeversorgung darf nicht der Markt  
62 entscheiden, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Auswüchse bei MVZ (Medizinische  
63 Versorgungszentren)-Strukturen in Hand von großen Kapitalgesellschaften und  
64 Investment- und Equity-Fonds sind umgehend deutlich einzudämmen bzw. zu beenden. Es  
65 gilt die Wettbewerbsorientierung zurückzudrängen, ohne sämtliche Wirtschaftlichkeit  
66 aufzugeben.

67 Eine flächendeckende Gesundheits- und Pflegeversorgung muss daher den  
68 unterschiedlichen Anforderungen in den Regionen gerecht werden. Durch den großen  
69 finanziellen Druck kommt es einerseits zu Über- andererseits zur Unterversorgung. Das  
70 liegt auch daran, dass Versorgungsbereiche wie die Geburtshilfe erst ab einer  
71 gewissen Fallzahl rentabel betrieben werden können. Dies ist dem System geschuldet.  
72 Denn die Abrechnung nach den „Diagnosis Related Groups“ oder Fallpauschalen führt  
73 häufig nicht zu einer kostendeckenden Abrechnung und setzt teils falsche Anreize.  
74 Dies ist nicht nur wirtschaftlich ein Problem, sondern sorgt auch für mangelndes  
75 Vertrauen in das Gesundheitssystem insgesamt. Insbesondere für die Kommunen ist dies  
76 zunehmend ein Problem. Die Krankenhäuser schreiben rote Zahlen, auch wegen mangelnden  
77 Investitionen für die der Freistaat zuständig ist. Damit stehen und standen Kommunen

78 vor der Frage: Defizit ausgleichen oder privatisieren. Wir fordern die Abschaffung  
79 dieser DRGs. Wir brauchen ein neues System der Finanzierung, das nicht auf  
80 abgerechneten Leistungen, sondern auf der Finanzierung von Strukturen basiert. Denn  
81 nur so ist möglich, dass unsere Kommunen weiterhin Träger unserer Krankenhäuser  
82 bleiben bzw. sie es wieder werden können.

83 Dazu braucht es den politischen Willen vor Ort und die nötigen Reformen im Freistaat  
84 und Bund.

85 Daher fordern wir konkret:

- 86 • Gesundheit ist keine Ware! Die Gesundheits- und Pflegeversorgung gehört für uns  
87 zur Daseinsvorsorge. Daher sollen Gesundheits-, Rehabilitation- und  
88 Pflegeeinrichtungen nicht Renditeerwartungen unterliegen. Wo notwendig, wollen  
89 wir diese Bereiche langfristig wieder in öffentliche Hand überführen. Die  
90 bestehenden Versorgungsstrukturen der Wohlfahrtsträger wollen wir weiter  
91 aufrechterhalten und ausbauen.
- 92 • Wir brauchen mehr Personal! Wir setzen uns für eine gesetzliche  
93 Personalbemessung ein. Die Ausbildungs- und Studienbedingungen müssen sich  
94 deutlich verbessern, um ausreichend Fachärzt\*innen und Therapeut\*innen (z.B.  
95 Psychotherapeut\*innen, Ergotherapeut\*innen, Physiotherapeut\*innen,  
96 Logopäd\*innen) zu gewinnen.
- 97 • Wir stehen für die beste und flächendeckende Versorgung eineR jedeN. Dazu  
98 braucht es eine Krankenhausplanung auch über die Landesgrenzen hinweg, die den  
99 Standards entspricht und mit den Kommunen ebenso, wie mit den  
100 Patient\*innenvertretungen abgestimmt wird. Die flächendeckende Versorgung muss  
101 oberste Maxime im Landeskrankenhausplan sein. Die Planung findet unter  
102 Einbeziehung von Interessenvertretungen der Gesundheits- und Therapieberufe  
103 sowie Patient\*innenverbänden statt.
- 104 • Eine verzahnte Gesundheits- und Pflegeversorgung jenseits der starren Strukturen  
105 im Gesundheitswesen durch ein Gesamtkonzept integrierter Gesundheitsversorgung  
106 für Bayern, d.h. eine optimale Vernetzung der ambulanten, stationären und  
107 rehabilitativen Patientenversorgung. Hier wollen wir ein flächendeckendes  
108 Konzept für Bayern erarbeiten und umsetzen.
- 109 • bessere finanzielle und personelle Ausstattung der kommunalen Gesundheitsämter.
- 110 • Neujustierung der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, massive  
111 Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung.
- 112 • Schaffung stabiler Strukturen zur Koordination zwischen Gesundheitsämtern über  
113 Städte und Regionen und Länder hinweg.

## 114 **2. Dringend notwendige Investitionen in Gesundheit und Pflege tätigen!**

115 Gesundheit kann man sich nicht kaufen, aber in gute Versorgung investieren.

116 Wir wollen in unsere Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen investieren. Seit

117 Jahrzehnten kommt der Freistaat hier seinen Verpflichtungen nicht oder kaum nach.  
118 Eine Lehre aus der Pandemie ist: wir müssen und wollen mehr in die  
119 Gesundheitsversorgung, Forschung und Gesundheitsmittel investieren. Das Fehlen von  
120 FFP2 Masken, Desinfektionsmitteln von Schutzausrüstung im Allgemeinen zeigt, wir  
121 brauchen von diesen lebenswichtigen Gütern eine europäische Produktion und Lagerung.

122 Die Lücke in der Finanzierung in der stationären Altenpflege ist bis dato wenig mit  
123 gesellschaftlichen Fokus gewesen. Diese Lücke wird von den Bewohner\*innen  
124 geschlossen. Wir haben uns durchgesetzt, dass unverheiratete Angehörige bis zu einem  
125 Jahreseinkommen von 100.000 Euro, nicht mehr finanziell einspringen müssen. Dies war  
126 ein erster Schritt. Denn neben dem Freistaat, der ebenso wie im Krankenhausbereich  
127 auch hier für Investitionen einstehen muss, brauchen wir eine solidarische  
128 Pflegevollversicherung, die die pflegerischen, betreuenden und therapeutischen  
129 Leistungen abdeckt. Wir wollen zudem eine Pflegegarantie durchsetzen. Diese  
130 ermöglicht, dass das dringend zusätzliche Personal in den Einrichtungen solidarisch  
131 finanziert wird und nicht durch höhere Eigenanteile aufgefangen werden muss.

132 Flächendeckend in ganz Bayern kann dies nur gelingen, wenn wir eine bessere  
133 Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen für alle Berufsgruppen in den Einrichtungen  
134 ermöglichen. Seit 1. Januar gibt es das neue Pflegeberufegesetz, das in Bayern mit  
135 dem früheren Ausbildungsbeginn zum 1. September umgesetzt wird. Nach der langen  
136 Hängepartie für die Ausbildungspläne werden wir dieses in einem ersten Schritt  
137 auswerten. Weitere Verbesserungen, und tarifliche Bezahlung für weitere Aus- und  
138 Weiterbildungen z.B. therapeutische Berufe müssen folgen. Denn für alle unsere  
139 Einrichtungen gilt. Wir sind ein Betrieb, es kommt auf jede an. Das zeigen auch die  
140 Erfolge bei multiprofessionellen Teams.

141 Daher fordern wir konkret:

- 142 • Wir fordern 1 Milliarde Euro jährlich von Freistaat für die  
143 Investitionskostenzulage. Die derzeit von der Staatsregierung bewilligten 640  
144 Millionen sind zu wenig und die Finanzierungslücke, welche durch die Corona-  
145 Pandemie entstanden ist, ist damit noch nicht gedeckt. Wir setzen uns dafür ein,  
146 dass dieses finanzielle Loch geschlossen und somit Geld der Versicherten nicht  
147 mehr zweckentfremdet wird.
- 148 • Wir wollen die Abschaffung der DRGs. Wir wollen eine Daseinsvorsorge, damit eine  
149 Finanzierung der Struktur. Damit kehren wir ab von der Abrechnung von  
150 Leistungen.
- 151 • Auch Gesundheit wird digital, auf ganz unterschiedlichen Wegen. Der Bund stellt  
152 hierfür 3 Milliarden Euro Steuermittel zur Verfügung. Die Gelder fließen aber  
153 nur, wenn das Land mitfinanziert. Wir wollen, dass der Freistaat die  
154 Bundesmittel nutzt und Co finanziert. Wir brauchen Forschung und Verzahnung bei  
155 der Telemedizin. Wir haben bereits jetzt Projekte in Bayern, die ausgewertet  
156 werden müssen. Das Spektrum geht von Telemedizin, SmartHomes, digitaler Akte bis  
157 hin zum E-Learning für das Personal. All diese Entwicklungen müssen auch auf  
158 ihre Sicherheit geprüft und entwickelt werden.
- Eine bedarfsgerechte, gesetzliche Personalbemessung durch verbindliche

- 159 Personalschlüssel im Rahmen einer integrierten Gesundheits- und  
160 Pflegeversorgung.
- 161 • Gezielteren Einsatz der Mittel aus dem Krankenhaus-Strukturfonds im ländlichen  
162 Raum.
  - 163 • Eine Anpassung der Leistungen der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung,  
164 um eine kostendeckende Finanzierung der Leistungen sicherzustellen. Wir wollen  
165 die Pflegegarantie.
  - 166 • (Teil-)Umstellung der Krankenhausfinanzierung in Richtung Vorhaltekosten für die  
167 Krankenversorgung der Bevölkerung.
  - 168 • Bund und Land haben für Krankenhäuser, Altenpflege, Rehaeinrichtungen,  
169 Einrichtungen der Behindertenhilfe und viele mehr einen Rettungsschirm gespannt.  
170 Dies war richtig und wichtig. Wir lehnen es jedoch ab, wenn parallel  
171 insbesondere von Aktienunternehmen Dividenden ausgeschüttet werden. Nicht nur in  
172 diesen Krisenzeiten ist dies bedenklich. In all den Bereichen des  
173 Gesundheitssystems verfolgen wir mit Sorge, dass Hedgefonds, Private Equities  
174 etc. einsteigen, um Gewinne zu machen.

### 176 3. Gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems!

177 In der Corona-Krise hat sich einmal mehr gezeigt, dass es die soziale gesetzliche  
178 Krankenversicherung ist, die unser Gesundheitswesen stützt und nicht die private  
179 Krankenversicherung. Die weitreichenden Maßnahmen der Bundesregierung, wie z.B. die  
180 Erhöhung der Intensivkapazitäten und die Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser und  
181 Rehaeinrichtungen wegen entgangener Behandlungen werden maßgeblich von der GKV und  
182 dem Gesundheitsfond finanziert. Es sind die gesetzlichen Krankenversicherungen die  
183 Kosten für Tests oder auch die Auszahlung von einmaligen Prämien in der Altenpflege  
184 übernommen haben. Es wurde ganz klar, dass das durch Beiträge der gesetzlichen  
185 Versicherten finanzierten Gesundheitswesen in großem Umfang Aufgaben der  
186 Pandemiebekämpfung finanziert und damit gesamtgesellschaftliche Verantwortung  
187 übernommen hat.

188 Unser Gesundheitssystem wird von vielen als ungerecht empfunden, da durch die  
189 parallele Existenz von der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung eine  
190 "Zweiklassenmedizin" geschaffen wurde. Während gesetzliche Versicherte häufig lange  
191 auf Behandlungen und Operationen warten müssen, werden privat Versicherte bevorzugt  
192 behandelt. Gleichzeitig stößt die private Krankenversicherung mit ihrem  
193 kapitalgedeckten Finanzierungssystem an ihre Grenzen. Aufgrund der schlechten  
194 Verzinsung am Kapitalmarkt können Beitragserhöhungen im Alter nicht mehr aufgehalten  
195 werden, weshalb sich viele die private Krankenversicherung nicht mehr leisten können.  
196 Gerade Selbständige müssen im Alter in den Basistarif der privaten  
197 Krankenversicherung wechseln, da sie sich mehr als die Grundversorgung nicht mehr  
198 leisten können. Die private Krankenversicherung wird als "zweite Säule" der  
199 Krankenversicherung in Deutschland dadurch immer mehr an Bedeutung verlieren. Nur

200 eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen und so die Kosten auf  
201 starke und schwache Schultern verteilt werden, kann eine gerechte Finanzierung des  
202 Gesundheitssystems gewährleisten.

203 Daher fordern wir Konkret:

- 204 • Einführung des Hamburger Modells als ersten Schritt zur Erleichterung für  
205 Landesbeamte, in die Gesetzliche Krankenversicherung zu wechseln.

206 Die stufenweise Einführung einer solidarischen Krankenversicherung, in die alle,  
207 unabhängig von ihrem Status (Beamte, Selbständige) einzahlen. Eine sogenannte  
208 Bürger\*innenversicherung.

- 209 • Die Einbeziehung aller Einkunftsarten, in die Beitragsbemessung.
- 210 • Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer solidarischen  
211 Pflegevollversicherung.

#### 212 **4. Menschenwürdige Bedingungen und beste Qualität für die Patient\*innen!**

213 Alle Umfragen zeigen, dass den Menschen eine gute und würdige Pflege wichtig ist.  
214 Dies setzt voraus, dass die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen vor allem personell  
215 besser ausgestattet werden. Gute Pflege bedeutet eben nicht nur "satt und sauber".  
216 Gerade Patient\*innen, die aufgrund von Krankheit oder Alter immobil sind wünschen  
217 sich mehr Zuwendung seitens der Ärzt\*innen und Pfleger\*innen. Dieser Wunsch besteht  
218 auch seitens des Personals. Sei es die/der Ärzt\*in, die sich für die Erläuterung von  
219 Diagnose und Therapie gerne mehr Zeit für die Patient\*innen nehmen würde. Oder  
220 der/die Pfleger\*in, der gerne mehr Zeit für ein Gespräch mit älteren Patient\*innen  
221 hätte, die selten oder nie Besuch bekommen. Oder die Betreuer\*innen, die sich  
222 intensiv mit jeder/jedem Einzelnen zum Beispiel bei Aktivierungen kümmern wollen.

223 Daher fordern wir konkret:

- 224 • Die Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung in Bayern für alle  
225 stationären Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Wir wissen, dass die  
226 Personalbemessung nur ein Erfolg werden kann, wenn sie entsprechend über die  
227 Aufwandsträger\*innen kontrolliert wird. Wir wollen zudem eine gesellschaftliche  
228 und parlamentarische Begleitung, bei dieser Kontrolle.
- 229 • Bestens ausgebildetes Pflegepersonal. Das geht nur durch hohe  
230 Ausbildungsstandards, gute Arbeitsbedingungen und eine deutlich bessere  
231 Entlohnung. Mit der einheitlichen Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege  
232 wurde der erste Schritt zur Erhöhung des Ausbildungsstandards getan. Wir wollen  
233 noch einen Schritt weitergehen und sicherstellen, dass jede Ausbildung im  
234 Gesundheits- und Pflegebereich refinanziert wird.

#### 235 **5. Gute Arbeitsbedingungen und bessere Löhne für das Personal!**

236 Die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich sollten  
237 so gestaltet sein, dass die Arbeit in diesem Bereich erfüllend ist und eine  
238 langjährige Beschäftigung ohne Erkrankung möglich ist. Sieht man sich den Status quo  
239 an, gehören körperliche und psychische Überlastung durch eine zu starke



240 Arbeitsbelastung zum Alltag. Das wollen wir ändern und die Arbeitsbelastungen für das  
241 Personal deutlich reduzieren und durch eine deutlich bessere Bezahlung diese wichtige  
242 Aufgabe angemessen vergüten.

243 Daher fordern wir konkret:

- 244 • Eine Verbesserung der Mitbestimmungsrechte im betrieblichen Gesundheitsschutz für  
245 Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeiter\*innenvertretungen.
- 246 • Flächendeckende Tarifverträge für das Pflegepersonal zur Sicherstellung einer  
247 gerechten Bezahlung. Ein einheitlicher Tarifvertrag für die Altenpflege wird  
248 gerade entwickelt. Wir wollen sicherstellen, dass eine Allgemeinverbindlichkeit  
249 auch im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung erfolgt.
- 250 • Eine Senkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche. Der Zusammenhang zwischen  
251 Arbeitszeit des Personals und Behandlungserfolg wurde durch Covid-19  
252 eindrucksvoll demonstriert.
- 253 • Bevorratung von Schutzkleidung für alle stationären Gesundheitseinrichtungen und  
ambulante Pflegedienste.
- 254 • Bezahlbaren Wohnraum für Pflegepersonal z.B. in Form von Betriebswohnungen bei  
255 größeren Kliniken.
- 256 • Fort- und Weiterbildung muss kostenfrei sein und Arbeitnehmer\*innen muss eine  
257 Freistellung ermöglicht werden, sofern die Maßnahme im Rahmen von gesetzlichen  
258 Bestimmungen oder von Arbeitgeber\*innen verlangt werden. Die Freistellung für  
259 Fort- und Weiterbildungen darf nicht in den Bildungsurlaub eingerechnet werden.

260

## 261 **6. Mehr Unterstützung für die Angehörigen!**

262 Die überwiegende Mehrzahl der Menschen möchte im Alter so lange wie möglich in ihrer  
263 eigenen Wohnung bleiben. Dieser Wunsch muss durch eine gesicherte ambulante  
264 Versorgung erfüllt werden. Gesellschaftspolitisch ist dies aus sozialen, aber auch  
265 wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll. Neben dem Ausbau der professionellen  
266 ambulanten Pflege müssen die Angehörigen, welche einen Großteil der Pflegeaufgaben  
267 übernehmen, bestmöglich unterstützt werden. Niemand soll mehr Angst vor dem sozialen  
268 Abstieg haben, weil er sich um seine alten und gebrechlichen Eltern oder  
269 Schwiegereltern gekümmert hat. Besonders berücksichtigen werden wir hierbei den  
270 Umstand, dass Familien- und damit Pflegearbeit überwiegend immer noch von Frauen  
271 geleistet wird.

272 Mit der Schaffung der Einkommensgrenze beim Elternunterhalt haben wir die Angehörigen  
273 bereits finanziell entlastet. Bei einem Jahreseinkommen von weniger als 100.000 €  
274 können die Kinder nicht zur Finanzierung der Pflege herangezogen werden. Dennoch  
275 benötigen pflegende Angehörige weitere Unterstützungsleistungen.

276 Daher fordern wir konkret:

- 277 • Aufbau eines Pflegendengeldes ähnlich dem Elterngeld.
- 278 • Einen Pflegestützpunkt in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Kommune in ganz

279 Bayern, um die Angehörigen wohnortnah unterstützen zu können.

- 280 • Ausbau der Pflegplätze in der Kurzzeit und Tagespflege. Pflegende Angehörige  
281 brauchen Freiräume für sich, um sich erholen zu können. Während dieser Zeit  
282 müssen die zu pflegenden Angehörigen gut versorgt werden. Dies ist nur mit einem  
283 flächendeckenden Ausbau des Angebotes an Kurzzeit- und Tagespflege möglich.
- 284 • Zur Pflege gehören auch haushaltsnahe Dienstleistungen. Wir wollen die soziale  
285 Pflegeversicherung daher weiterentwickeln, damit auch diese Leistungen von der  
286 Pflegeversicherung besser erfasst werden. Im Koalitionsvertrag haben wir das  
287 Entlastungsbudget vereinbart. Dies muss jetzt umgesetzt werden Mit dem  
288 Entlastungsbetrag wurde hier der erste Schritt gemacht. Dies wollen wir weiter  
289 ausbauen.

## Antrag 02: Soziale Verkehrswende: Klimafreundliche Mobilität – bezahlbar und für alle!

Laufende Nummer: 1

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 In einer modernen Gesellschaft ist Mobilität unverzichtbar. Sich frei bewegen zu
- 2 können, ist maßgeblich für Freiheit und Selbstbestimmung von Menschen. Mobilität muss
- 3 daher ein Grundrecht für alle sein.
- 4 Mobilität und Verkehr führen aber auch zu Klimaerhitzung und Umweltschäden. Genau wie
- 5 die Frage nach der Teilhabe am Verkehr wurden diese negativen Auswirkungen in einer
- 6 Gesellschaft, die seit den 1960er Jahren Mobilität weitgehend mit Autofahren
- 7 gleichgesetzt hat, weitgehend ignoriert.
- 8 Aufgrund der dramatischen Auswirkungen der Klimaüberhitzung muss sich dies nun
- 9 ändern. Aber auch Digitalisierung und Automatisierung werden die Art und Weise, wie
- 10 wir uns fortbewegen, dramatisch verändern. Deshalb will die BayernSPD eine soziale
- 11 und fortschrittliche Verkehrswende, die eine klimafreundliche und bezahlbare
- 12 Mobilität für alle ermöglicht, unabhängig vom Geldbeutel und selbstverständlich auch
- 13 für Menschen mit Handicap.
- 14 Wir sehen es als unsere Kernaufgabe an, gerade beim Thema Verkehr, Klimaschutz mit
- 15 sozialer Gerechtigkeit und dem Erhalt von qualifizierten, gut bezahlten
- 16 Arbeitsplätzen in der Mobilitätsbranche zu verbinden. Das ist aufgrund der durch
- 17 Corona verursachten schweren Wirtschaftskrisen umso wichtiger.
- 18 Für den Klimaschutz, aber auch mit Blick auf den enormen Flächenverbrauch des
- 19 motorisierten Individualverkehrs wollen wir möglichst viel Verkehr in den
- 20 Umweltverbund, also in den öffentlichen Verkehr, das Radfahren und Zufußgehen lenken.
- 21 Der technologische Fortschritt wird gerade auch in der klimaneutralen Mobilität viele
- 22 neue Möglichkeiten eröffnen. Wir wollen, dass die bayerische Wirtschaft diese Chancen
- 23 ergreift und so ihre Spitzenposition im internationalen Wettbewerb zurückerobert. Wir
- 24 wollen, dass Beschäftigte und Gesellschaft von dieser Erfolgsgeschichte profitieren:
- 25 Eine nachhaltige Verkehrswende dient Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft.
- 26 Klimafreundliche und soziale Mobilität für alle.
- 27 **Die Situation heute: Weder klimafreundlich noch sozial**
- 28 Im Moment ist der Verkehr in Bayern weder klimafreundlich noch sozial oder inklusiv.
- 29 Obwohl die Autos sauberer geworden sind, sind sie auch immer mehr und zugleich oft
- 30 größer geworden. Auch der Güter- und der Flugverkehr in Bayern haben massiv
- 31 zugenommen. Die bisherige Politik in Bayern hat diese Entwicklung einfach hingenommen
- 32 und sogar teilweise unterstützt. Deswegen ist der Ausstoß an Treibhausgasen aus dem

33 Bereich Verkehr in Bayern immer weiter gestiegen. Der Verkehr ist heute der größte  
34 Klimaerhitzer in Bayern. Außerdem ist der wachsende Auto- und LKW-Verkehr für immer  
35 mehr Staus, Lärm und Abgase verantwortlich.

36 **Wohin wir wollen: Mobilitätswende jetzt!**

37 Das muss sich ändern! Wir werden aus einem umweltschädlichen und wenig sozialen  
38 Verkehr in Bayern klimafreundliche, bezahlbare Mobilität für alle machen.

39 Diese Mobilitätswende bedeutet für uns im Detail:

- 40 • Wir werden den öffentlichen Verkehr, also Bus und Bahn, massiv ausbauen - in  
41 Stadt und Land. Für alle bezahlbar.
- 42 • Wir fördern emissionsfreie Mobilität, auch für den notwendigen  
43 Individualverkehr. Wir setzen dabei auf E-Mobilität und klimaneutrale  
44 Treibstoffe wie mit erneuerbaren Energien gewonnenen Wasserstoff. Und wir  
45 unterstützen die Arbeitnehmer\*innen in der Automobilindustrie bei den  
46 anstehenden Veränderungen.
- 47 • Wir wollen Inlandsflüge und große Teile des Güterverkehrs auf die Schiene  
48 verlagern. Dafür investieren wir massiv in die Bahn und werden auch den  
49 verbleibenden Güter- und Flugverkehr klimaneutral machen.
- 50 • Wir setzen auf das Fahrrad als das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Deswegen  
51 werden wir die Fahrradwege stark ausbauen, bequem und sicher machen. Und zwar  
52 für Jung und Alt, auf dem Land wie in der Stadt.
- 53 • Wir wollen Sharing-Angebote, vor allem das Car-Sharing und den Fahrradverleih  
54 überall stark ausbauen. Denn Teilen und Leihen schont die natürlichen Ressourcen  
55 und damit die Umwelt.
- 56 • Wir wollen, dass klimaneutrale Mobilität sich lohnt. Deswegen werden wir  
57 diejenigen besonders unterstützen, die ganz aufs Auto verzichten.
- 58 • Wir wollen so schnell wie möglich erreichen, dass es in Bayern keine  
59 Verkehrstoten und möglichst wenig Unfälle gibt („Vision Zero“). Wir setzen auf  
60 ein generelles Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen und 80  
61 Stundenkilometern auf Landstraßen. Unser Ziel ist es außerdem, vor allem  
62 schwächere Verkehrsteilnehmer\*innen zu schützen.
- 63 • Wir werden die Verkehrs- und Mobilitäts-Planung in Bayern verbessern. Wir machen  
64 aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische  
65 Mobilitätsgesellschaft, die für alle überregionalen Bahn- und Busverbindungen  
66 zuständig ist. Und wir unterstützen Landkreise und Städte viel stärker als  
67 bisher.

68 **Öffentlicher Verkehr für alle! Eine Mobilitätsgarantie für ganz**  
69 **Bayern**

70 Wir wollen, dass jeder Ort mindestens einmal pro Stunde mit Bahn oder Bus

71 angeschlossen ist. Ob Bahn, Bus oder Ruftaxi richtet sich nach Größe und Bedarf. Aus  
72 jeder Gemeinde muss es mindestens alle zwei Stunden eine Verbindung zu einem  
73 Regionalbahnhof geben. Diese Mobilitätsgarantie sorgt auch für soziale Teilhabe und  
74 Inklusion: Denn so erhalten auch Menschen Zugang zu Mobilität, die individuelle  
75 Mobilität nicht nutzen können – z.B. aufgrund des Alters oder von körperlichen  
76 Einschränkungen.

77 Bahn-Ausbau: Wir werden den regionalen Zugverkehr sowie Stadtumland- und S-Bahnen in  
78 Bayern stark ausbauen, schnell möglichst viele stillgelegte Bahnstrecken wieder in  
79 Betrieb nehmen („reaktivieren“) und auf entsprechend stark genutzten Verbindungen  
80 selbstverständlich auch neue Strecken bauen. Für sie gibt es auch zusätzliche  
81 Fördermittel des Bundes. Teil der Konjunkturpolitik in der Wirtschaftskrise muss  
82 jetzt auch die schnelle Erhöhung der Ausgaben und Bestellung für öffentliche  
83 Regionalverkehrsleistungen sein, insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV).

84 Denn der Bahnverkehr ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in einem großen  
85 Flächenland wie Bayern. Wir wollen das bayerische Eisenbahnnetz so schnell wie  
86 möglich elektrifizieren. Wo das nicht möglich bzw. zu teuer ist oder zu lange dauert,  
87 setzen wir auf emissionsfreie Antriebe wie Brennstoffzellen- oder Batteriezüge.

88 Bus-Ausbau: Wir werden den Landkreisen und Städten erheblich mehr Geld für den Ausbau  
89 von Tram und Bus, aber auch für den laufenden Betrieb, zur Verfügung stellen als  
90 bisher. Wo es sinnvoller ist, setzen wir auf Bürgerbusse und Sammeltaxis. Dort wo  
91 keine Bahn ist und auch keine gebaut werden kann, werden wir in ganz Bayern über die  
92 Stadt- und Landkreis-Grenzen gehende regionale Expressbus-Verbindungen einrichten.  
93 Wir werden außerdem dafür sorgen, dass alle Busse im öffentlichen Verkehr in Bayern  
94 so schnell wie möglich auf klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden.

95 Vor allem auf dem Land ist der öffentliche Verkehr oft schlecht, teuer und häufig  
96 nicht barrierefrei. Dadurch werden viele Menschen von guter und bezahlbarer Mobilität  
97 ausgeschlossen. Am härtesten treffen diese Mängel diejenigen, die nicht Auto fahren  
98 können oder wollen: junge Menschen, Ältere, sozial Benachteiligte und Menschen mit  
99 Handicap. Das werden wir ändern.

100 Wir wollen allen Menschen in Bayern Mobilität ermöglichen. Hierfür wollen wir den  
101 öffentlichen Verkehr stark ausbauen und langfristig kostenfrei machen. Für junge  
102 Menschen, Ältere und sozial Benachteiligte wollen wir die Kostenfreiheit bereits  
103 jetzt. Wir werden möglichst schnell die Fahrpreise für alle senken, damit der  
104 öffentliche Verkehr eine noch attraktivere Alternative zum Auto ist.

105 Komfort für alle und Pünktlichkeit: Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Verkehr  
106 ist für uns ein Muss, dass wir so schnell wie möglich erreichen wollen. Wir setzen  
107 uns dafür ein, dass Bahnhöfe, Verkehrswege und öffentliche Verkehrsmittel inklusiv  
108 gebaut und umgebaut werden, damit auch Menschen mit Handicap überall am öffentlichen  
109 Verkehr teilnehmen können.

110 Wir werden auch die Fahrradmitnahme in allen Bahnen und Bussen möglich machen. Ein  
111 guter öffentlicher Verkehr muss zudem pünktlich sein. Er muss daher immer, wenn es zu  
112 Engpässen kommt, gegenüber dem individuellen Verkehr bevorzugt werden.

113 Bezahlbare und einfache Tickets: Wir werden so schnell wie möglich einen  
114 einheitlichen und für alle bezahlbaren Tarif für ganz Bayern einführen, der für Bahn  
115 und Bus gilt. Bezahlt wird nur nach gefahrener Strecke. Schon heute gibt es  
116 technische Lösungen, die den umständlichen und teils unverständlichen Tarifschun-  
117 geln oder sogar ersetzen. Diese Lösungen wollen wir flächendeckend für alle ÖPNV-  
118 Angebote einsetzen. Wir wollen außerdem die Mehrwertsteuer auf alle öffentlichen  
119 Verkehrsleistungen vollständig abschaffen.

120 Für den öffentlichen Nahverkehr gilt: Unser Ziel ist der kostenfreie Nahverkehr für  
121 alle! Als erste Schritte machen wir den Nahverkehr für junge Menschen, Ältere und  
122 soziale Bedürftige kostenlos und führen bayernweit das 365-Euro-Ticket ein.

123 Fahrgäste haben Rechte: Wir wollen, dass Fahrgäste immer gut informiert werden. Wenn  
124 Verspätungen und Ausfälle durch eine gute Infrastruktur, gute Planung und Service  
125 nicht verhindert werden können, muss es für sie eine angemessene Entschädigung geben.

## 126 **Saubere Autos**

127 Es wird auch in Zukunft motorisierten Individualverkehr geben müssen, z.B. für  
128 Strecken und Fahrzeiten mit zu geringer Nachfrage für öffentlichen Verkehr oder für  
129 Menschen, die mit Mobilitätseinschränkungen öffentlichen und nicht motorisierten  
130 Verkehr nicht nutzen können.

131 Aber auch dieser verbleibende Individualverkehr muss klimaneutral werden. Deswegen  
132 setzen wir bei den Motoren auf E-Mobilität. Die Förderung für Hybride wollen wir  
133 beenden, weil sie nur sehr eingeschränkt klimafreundlich sind. Aus Gründen der  
134 Technologieoffenheit fördern wir aber auch klimaneutrale Kraftstoffe, zu denen auch  
135 Lösungen gehören, die auf grünem Wasserstoff basieren. Der Treibstoff muss dabei zu  
136 100 Prozent aus erneuerbarer Energie stammen! Wir investieren deshalb massiv in  
137 Forschung und Entwicklung für solche modernen Antriebssysteme.

138 Wir werden dafür sorgen, dass es überall E-Ladestationen und Tankstellen für Strom  
139 und klimaneutrales Gas gibt. Dafür muss es in Europa klare und verbindliche Vorgaben  
140 geben. Wir werden prüfen, ob E-Ladestationen ein Pflichtangebot für die  
141 Verteilnetzbetreiber sein sollen. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Förderung  
142 für E-Ladeinfrastruktur (Übernahme von mindestens 50 Prozent der Kosten für Planung,  
143 Montage und Installation einer Ladeinfrastruktur sowie bis zu 10.000 Euro für einen  
144 Schnellladepunkt) in ganz Bayern.

145 Insbesondere für die Elektromobilität wollen wir ein Lieferkettengesetz, das den  
146 Autokonzernen klare Vorgaben für soziale und umweltfreundliche Rohstoffgewinnung und  
147 Herstellung macht und den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck berücksichtigt. Wir wollen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte  
148 auf europäischer Ebene, die klimapolitisch sinnvoll sind und kein Schönrechnen  
149 erlauben.

150 Wir werden außerdem emissionsfreie autonome und vernetzte Fahrzeuge fördern, weil wir  
151 in ihnen eine Chance für den Verkehr der Zukunft sehen.

## 152 **Flüge und Güter auf die Schiene**

153 Fliegen ist besonders klimaschädlich. Deshalb wollen wir alle Inlandsflüge in Bayern  
154 und Deutschland so schnell wie möglich auf die Schiene verlagern. Wir setzen uns auch  
155 dafür ein, dass möglichst viele Flüge innerhalb Europas durch Hochgeschwindigkeits-  
156 Züge ersetzt werden. Dafür müssen das Hochgeschwindigkeits-Streckennetz weiter  
157 ausgebaut und Nacht- sowie Autozug-Verbindungen wieder eingeführt werden. Eine dritte  
158 Startbahn am Münchner Flughafen lehnen wir nach wie vor klar ab.

159 Fliegen verbindet aber auch Menschen auf der ganzen Welt und ist eine große  
160 Errungenschaft. Langfristig ist klimaneutrales Fliegen möglich. Dafür brauchen wir  
161 fortschrittliche Biokraftstoffe und auf erneuerbaren Energien basierende synthetische  
162 Kraftstoffe.

163 Aber auch der Güterverkehr auf der Straße ist durch Veränderungen in der Industrie  
164 und das Wachstum von Amazon und Co. stark gewachsen. Er verursacht immer mehr  
165 Treibhausgase, Abgase und Lärm. Deswegen wollen wir auch den Gütertransport auf die  
166 Schiene verlagern und die einzelnen Verkehrsträger wie Bahn und LKW intelligent  
167 vernetzen. Wir wollen die Preise für den Gütertransport politisch zum Beispiel durch  
168 die LKW-Maut so setzen, dass insbesondere bei langen Strecken der Transport auf der  
169 Schiene deutlich günstiger ist. Gleichzeitig muss die Schiene viel stärker für den  
170 deutschen und europaweiten Güterverkehr ertüchtigt und ausgebaut werden. Dabei wollen  
171 wir den bestmöglichen Lärmschutz für die Anwohner\*innen. Wir setzen uns dafür ein,  
172 dass die verschiedenen staatlichen Eisenbahnunternehmen auf europäischer Ebene  
173 stärker zusammenarbeiten.

174 Es wird aber auch in Zukunft ein Teil der Güter auf der Straße transportiert werden.  
175 Deshalb müssen auch LKWs mittelfristig mit klimaneutralen Antrieben ausgestattet  
176 sein. Dafür wollen wir sowohl batterie- wie auch brennstoffzellenbetriebene Fahrzeuge  
177 auf die Straße bekommen.

178 Wir wollen, dass Städte und Gemeinde die rechtliche Möglichkeit bekommen, nur noch  
179 umweltfreundliche und emissionsfreie Lieferdienste zuzulassen – vom E-Transporter bis  
180 zum Lastenfahrrad.

181 In Städten setzen wir uns für Umschlagzentren, sogenannte „Güter-Hubs“ ein, wo die  
182 Waren schonend für Umwelt und Anwohner\*innen angeliefert werden können. Von dort  
183 können die Güter dann innerhalb der Städte umweltfreundlich emissionsfrei z.B. per  
184 Lastenrad weiter verteilt werden. Das reduziert den Lieferverkehr innerhalb der  
185 Städte.

186 Wir werden auch prüfen, ob in Städten die Anlieferung auf der letzten Meile nicht  
187 durch einen öffentlichen Lieferdienst – statt vieler privater Zusteller – übernommen  
188 werden kann, um Ressourcen zu sparen und die Umwelt zu schützen.

### 189 **Das Rad hat Zukunft**

190 Wir werden in ganz Bayern, in Stadt und Land, den Radverkehr massiv fördern. Das  
191 Wichtigste dabei ist der schnelle Ausbau von intelligent geplanten, bequemen und  
192 sicheren Fahrradstraßen und -wegen. Wir setzen auch auf zügigen und flächendeckenden  
193 Ausbau von Radschnellwegen. Das Fahrrad darf nicht mehr gegenüber dem Auto  
194 benachteiligt werden.

195 Wir wollen, dass gerade innerhalb von Städten bzw. Stadtvierteln in Großstädten, aber  
196 auch dichter besiedelten Gemeinden, möglichst viele Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt  
197 werden. Besonders wichtig ist es uns dabei, klimafreundliche Alternativen zu  
198 Besorgungs- und Lieferfahrten mit dem Auto zu unterstützen. Deswegen wollen wir die  
199 Anschaffung von Lastenrädern und - unter bestimmten Bedingungen wie dem Verzicht auf  
200 ein eigenes Auto auch die von Fahrrädern - aller Art fördern. Dafür ist eine  
201 Ergänzung des Bundes-Förderprogramms für gewerblich genutzte E-Lasten-Bikes durch ein  
202 eigenes bayerisches Förderprogramm für private E-Lastenbikes und normale Lastenräder  
203 notwendig. Die Fördersummen sollten dabei mindestens 25 Prozent der Nettokosten  
204 abdecken.

205 Wir werden außerdem gute, sichere und vor allem ausreichende Abstellmöglichkeiten für  
206 Räder schaffen. Wir werden durch ein bayerisches Radverkehrsgesetz die Situation für  
207 den Radverkehr massiv verbessern. Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für  
208 Gemeindegrenzen-überschreitende Radwege, verbessern die Anforderungen an  
209 Radstellplätze und weiterer Radverkehrs-Infrastruktur bei Gebäuden in der bayerischen  
210 Bauordnung, und verbessern die Möglichkeiten der Umwidmung von Straßenraum in  
211 Radverkehrsflächen. Wir setzen uns auch dafür ein, flächendeckend mit dem  
212 öffentlichen Verkehr verknüpfte Leihsysteme für Fahrräder und Lastenfahrräder zu  
213 schaffen.

#### 214 **Zufußgehen fördern**

215 Wir machen das Zufußgehen vor allem für kurze Strecken attraktiv: durch klare  
216 Vorgaben für die Gestaltung von Gehwegen wie Barrierefreiheit und Mindestbreiten, die  
217 Trennung von anderen Verkehrsarten, insbesondere Radverkehr und E-Roller, sichere  
218 Querungsmöglichkeiten und eindeutige Beschilderungen von Fußverbindungen.

#### 219 **Sharing: Vorfahrt fürs Teilen und Leihen**

220 Wir werden in Städten und Gemeinden das Leihen und Teilen von Autos und Rädern aller  
221 Art stark ausbauen. Unser Ziel ist, dass niemand mehr ein eigenes Auto braucht.  
222 Deswegen werden wir das Car Sharing an festen Stationen massiv fördern, weil es am  
223 umweltfreundlichsten ist, und die Umstellung der Fahrzeuge auf emissionsfreie Motoren  
224 voranbringen. Wir setzen dabei auch auf finanzielle Vorteile beim Sharing für  
225 Bürger\*innen und Gewerbetreibende, die auf ein Auto verzichten. Autonomes und  
226 vernetztes Fahren kann Sharing-Angebote noch attraktiver machen.

#### 227 **Moderne Verkehrs- und Stadtplanung**

228 Wir wollen für ein Bayern eine neue Verkehrsplanung, die über den Tellerrand  
229 hinausdenkt. Deswegen werden wir aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) eine  
230 Bayerische Mobilitätsgesellschaft machen, die im ganzen Freistaat wichtige regionale  
231 Verkehrsverbindungen planen und bestellen soll. Dazu zählen auch Expressbuslinien,  
232 die über Stadt- und Landkreisgrenzen hinweg dort Verbindungen schaffen, wo keine Bahn  
233 fährt.

234 Wir werden die Landesentwicklungsplanung dahingehend verändern, dass künftig Verkehr



235 möglichst vermieden wird. Wir wollen die „Gemeinde der kurzen Wege“, in der es in der  
236 Ortsmitte wieder Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten gibt und in der die oft zu  
237 strikte Trennung zwischen Wohn- und Gewerbegebieten aufgehoben wird). Unser Prinzip  
238 ist: Innenentwicklung vor Außenentwicklung von Gemeinden und Entwicklung entlang der  
239 öffentlichen Verkehrsachsen. Wir werden die Planungen für den öffentlichen Verkehr  
240 verbessern und schneller, aber auch effizienter machen.

241 Wir werden Haushaltsmittel vom Staatsstraßenbau in den Öffentlichen Verkehr umlenken.  
242 Gleichzeitig geben wir der Sanierung und dem Ausbau von Bundes- und Staatsstraßen den  
243 Vorrang vor Neubau. Wir werden überprüfen, welche neu geplanten Straßen unter  
244 ökologischen und strukturellen Aspekten auch tatsächlich erforderlich sind. Das gilt  
245 auch für Straßenbauvorhaben, die bereit seit längerer Zeit in Planung sind. Wir  
246 wollen ein festes Budget für begleitende Radwege an allen Staatsstraßen und eine  
247 Übernahme der gesamten Unterhaltskosten durch den Freistaat, um bayernweit einen  
248 hohen Standard unabhängig von der Finanzkraft der Kommunen sicherzustellen.

249 **Vision Zero: Schluss mit Unfällen und Verkehrstoten!**

250 Unser Ziel ist die Vision Zero: also Mobilität ohne Verkehrstote und mit möglichst  
251 wenig Unfällen. Dafür setzen wir auf ein generelles Tempolimit von 130  
252 Stundenkilometern auf Autobahnen und Geschwindigkeitsbeschränkungen an gefährlichen  
253 Strecken. Wir wollen Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften.  
254 Auf Hauptverkehrsstraßen können die Kommunen höhere Geschwindigkeiten zulassen.  
255 Städte und Gemeinden sollen die Kompetenz haben, dass sie über Tempogebote auf ihrem  
256 Gebiet entscheiden. Das darf aber nicht dazu führen, dass Tempo 30 vor Kindergärten,  
257 Schulen, Altenheimen und anderen sozialen Einrichtungen wieder aufgehoben wird. Wir  
258 wollen vor allem auch den Radverkehr sicherer machen und Abbiegeassistenten für LKWs  
259 und Busse möglichst schnell verpflichtend einführen.

## 260 **Technik, die dem Menschen dient:**

261 Bayern ist ein Land mit Werten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass neue  
262 Technologien auf ihre Folgen für Ökologie, Soziales und Gesundheit geprüft werden  
263 müssen bevor sie zugelassen werden.

264 Für das autonome Fahren wollen wir europäische Standards setzen, damit Klimaschutz,  
265 Arbeitnehmerschutz und Verkehrssicherheit beachtet werden.

266 Transformation für die Menschen, nicht gegen sie.

## 267 **Die Situation heute: Unsicherheit und zu wenig Schutz bei** 268 **Veränderungen**

269 Digitalisierung, neue Arbeitsformen, neue Technologien, Antriebe und Materialien  
270 verändern die Arbeitswelt in der Verkehrsbranche. Viele Arbeitnehmer\*innen fühlen  
271 sich angesichts der Veränderungen allein gelassen. Dabei hat die schon im Gang  
272 befindliche Transformation das Potential mehr Wohlstand und mehr Umweltschutz zu  
273 ermöglichen. Die Gewerkschaften gestalten die Transformation und erkennen auch neue  
274 Chancen an. Sie brauchen aber die Unterstützung aus der Politik, um die Veränderungen

275 für die Arbeitnehmer\*innen zu nutzen und um zu verhindern, dass die Entwicklungen  
276 über ihre Köpfe hinweg entschieden werden.

277 **Wohin wir wollen: keine\*r gerät wegen der Veränderungen in der**  
278 **Arbeitswelt unter die Räder!**

279 Wir geben den Arbeitnehmer\*innen das Ruder in die Hand! Wir wollen, dass die  
280 Veränderungen und Transformationen vor allem in der Automobilindustrie so gesteuert  
281 werden, dass sie sozial gerecht ablaufen. Es geht um die Zukunft ganzer Regionen, die  
282 wir alle einzeln UND als Ganzes betrachten müssen.

- 283 • Wir wollen zukunftssichere, unbefristete Arbeitsplätze mit hoch innovativen,  
284 sauberen Produkten und Betriebe mit starken Betriebsrät\*innen und Tarifbindung.
- 285 • Wir wollen eine Verkehrswende, bei der neu geschaffene Arbeitsplätze unserer  
286 Vorstellung von „guter Arbeit“ entsprechen. Dabei gelten für uns die Kriterien  
287 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): tarifgebunden, mit Mitbestimmung und  
288 unbefristet.
- 289 • Wir werden die Beschäftigten in der Branche im Wandel begleiten, Strukturbrüche  
290 präventiv verhindern und im Notfall Probleme mit einer aktiven  
291 Arbeitsmarktpolitik sozialpolitischen Instrumenten auffangen.

292 Zukunft für die Verkehrsbranche durch Industriepolitik.

293 Wir werden Innovationen unterstützen: wir brauchen eine zukunftsorientierte, kluge  
294 Industriepolitik, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Wir wollen ein durchdachtes  
295 Konzept für die Branche. Wir brauchen Verlässlichkeit durch klare Regelungen und  
296 Förderungen. Förderungen soll es für Forschung und Entwicklung geben, aber unbedingt  
297 auch zur Ansiedlung von Schlüsseltechnologien wie zum Beispiel für die  
298 Batteriezellen-Industrie: Bau, Second Use, Rohstoffentsorgung und Recycling müssen  
299 dabei berücksichtigt werden.

300 Wir wollen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Abfederung der Transformation ein  
301 bayerisches Klimainvestitionsprogramm für die Umstellung der Fahrzeugflotten aller  
302 Behörden und staatlichen Einrichtungen auf emissionsfreie Fahrzeuge, das das  
303 entsprechende Bundesprogramm sinnvoll ergänzt. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen in  
304 der Krise sollte der Anschaffungspreise den Lieferanten jetzt erstattet werden, die  
305 Lieferung aber zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein. Zukünftige Hilfen für die  
306 Automobilbranche müssen mittelfristig an die Minderung von CO2-Ausstoß und  
307 Arbeitsplatzsicherung gebunden werden, um die Unternehmen zukunftsfähig zu machen.  
308 Wir lehnen deshalb auch eine Kauf- oder Abwrackprämie für Fahrzeuge mit  
309 klimaschädlichen fossilen Antrieben ab.

310 Außerdem brauchen wir eine europaweit abgestimmte grüne Wasserstoffstrategie.  
311 Wasserstoff lässt sich gut speichern und ist über Sektorkopplung in verschiedensten  
312 Bereichen einsetzbar: im Verkehr, als Stromspeicher und möglicherweise auch zum  
313 Heizen.

314 Schon heute arbeiten rund 1,5 Millionen Menschen in den Umwelttechnologien. In vielen

315 Bereichen ist Deutschland Weltmarktführer. Die konsequente Weiterentwicklung neuer  
316 Antriebe ist der Weg in die Zukunft der Automobilbranche – mit großen Zukunftschancen  
317 für Unternehmen und Beschäftigte!

318 Energieintensive Unternehmen, die es im Verkehrsbereich gibt, sollen Förderungen für  
319 eigene Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien erhalten. Wir werden die  
320 Industrie klimafreundlich machen. Weitere Förderungen und Vergünstigungen müssen an  
321 Arbeitsplatzsicherheit und Qualität der Arbeitsplätze geknüpft werden.

322 Bayern muss für die kleinen und mittleren Unternehmen und Zulieferbetriebe der  
323 Branche einen Beratungsfond einrichten für die notwendige Strategiewerk und  
324 Kooperationen von KMU mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen unterstützen.

325 Wir wollen auch die Transformation im Flughafenbereich regional begleiten.

326 Vorsprung durch Qualifikation.

327 Wir werden eine umfangreiche Bedarfsprognose für den Arbeitsmarkt in Bayern  
328 durchführen: Was sind die in Zukunft benötigten Qualifikationen? Darauf aufbauend  
329 werden wir die Beratung für berufliche Entwicklungen ausbauen und anpassen. Hierfür  
330 braucht es mehr Personal bei den Arbeitsagenturen.

331 Wir wollen dafür genügend ausgebildetes Qualifizierungspersonal an Schulen,  
332 Universitäten und in der Erwachsenenbildung und so schnell wie möglich eine moderne  
333 digitale Ausstattung an allen Lehrinrichtungen und in ALLEN Schulen.

334 Die Ausbildungsberufe müssen mit den Sozialpartner\*innen weiterentwickelt und neue,  
335 qualitativ hochwertige Ausbildungen geschaffen werden. Die Qualität der Ausbildung  
336 ist dabei das höchste Gut.

337 Für die notwendigen Qualifizierungen wollen wir ein Angebot für eine hochwertige  
338 Erwachsenenbildung schaffen. Hierzu werden die Sozialpartner\*innen herangezogen und  
339 Start-Ups und Firmenneugründungen gefördert, die ein Weiterbildungsangebot schaffen.  
340 Zusätzlich muss es endlich mindestens 10 [ggf. anpassen an Beschusslage der  
341 BayernSPD!] Tage Bildungsurlaub in Bayern geben.

342 In Fällen von Kurzarbeit soll Kurzarbeitergeld länger ausgezahlt und damit verbunden  
343 die Möglichkeit zur Qualifizierung geboten werden.

#### 344 **Stärkere Mitbestimmung für eine gerechtere Transformation**

345 Wir werden mit den Betriebsräten\*innen, Beschäftigten und Gewerkschaften nicht nur  
346 selbstverständlich einen dauerhaften Dialog über die Verkehrswende führen, sondern  
347 sie in alle Entscheidungen auf Augenhöhe einbinden. Bürger- und Verbandsdialoge vor  
348 Ort werden eine Beteiligung und Information der Gesellschaft ermöglichen.

349 Wir wollen, dass für alle betroffenen Regionen Zukunftsszenarien erstellt werden und  
350 dabei Betriebsräte, Bürger\*innen, Betriebe, Forschungsinstitute und Gewerkschaften  
351 einbezogen werden – Regionalräte und Transformationsbündnisse müssen hierbei  
352 gefördert werden. Wir werden außerdem bei den Betrieben der Automobilindustrie  
353 anregen, Zukunftspläne zu erstellen, wo sie ihre Pläne für Produkt- und  
354 Personalentwicklung mit dem Betriebsrat einschätzen um so schnell auf Trends  
355 reagieren zu können.

356 Die betriebliche Mitbestimmung sorgt dafür, dass die Belegschaften im Wandel besser  
357 gehört und begleitet werden. Wir setzen uns dafür ein, die Mitbestimmung und die  
358 Gründung von Betriebsräten besser zu fördern. Hierzu wollen wir auch das  
359 Betriebsverfassungsgesetz novellieren und Betriebsräten mehr Mitbestimmungsrechte  
360 geben, Gründungen erleichtern und Betriebsrät\*innen besser schützen.

361 Neue Arbeitsplätze durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs müssen den Kriterien  
362 für „gute Arbeit“ des DGB entsprechen (d.h. tarifgebunden, unbefristet und mit  
363 Mitbestimmung). Bei der Vergabe von öffentlichen Verträgen muss die Tarifgebundenheit  
364 und die Einhaltung von Klima- und Umweltvorgaben Voraussetzung werden. Deshalb wollen  
365 wir auch ein verpflichtendes Tariftreuegesetz für Bayern einführen.

### 366 **Sicherheit schafft Vertrauen**

367 Wer durch Veränderungen in der Branche seinen bzw. ihren Arbeitsplatz verliert, darf  
368 nicht durch das Raster fallen. Wir wollen den Geltungsbereich des Kurzarbeitergeldes  
369 von konjunkturellen Krisen auf Strukturumbrüche erweitern und so ein Transformations-  
370 Kurzarbeitergeld schaffen. Wir wollen außerdem, dass das Kurzarbeitergeld länger  
371 gezahlt wird, um Arbeitsplatzverlusten vorzubeugen.

372 Die Unternehmen werden auch in und nach der Verkehrswende weiterhin Umsatz und  
373 Gewinne erzielen. Diese dürfen nicht durch Rationalisierung und das Wegfallen von  
374 Arbeitsplätzen erreicht werden. Um Arbeitsplätze zu erhalten, müssen die  
375 Arbeitnehmer\*innen an den Gewinnen beteiligt werden. Wir wollen die Wochenarbeitszeit  
376 auch im Verkehrsbereich bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden die Woche verkürzen.

377 Bei einem Verlust des Arbeitsplatzes muss das Arbeitslosengeld I länger ausbezahlt  
378 werden. Wir wollen außerdem die Angebote durch das Qualifizierungschancengesetz  
379 weiter ausbauen und mehr Möglichkeiten für Qualifizierungen und zweite Ausbildungen  
380 schaffen.

# Antrag 03: Soziale und gemeinwohlorientierte Digitalisierung für alle Menschen in Bayern

Laufende Nummer: 3

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Einleitung
- 2 Die Digitalisierung ist in aller Munde und in der Arbeitswelt aber auch im Privaten
- 3 bereits sehr weit fortgeschritten. Dennoch wagt sich die Politik bisher nur sehr
- 4 verhalten an dieses Thema, obwohl die Bürger\*innen politische Regelungen im Umgang
- 5 mit den digitalen Technologien erwarten. Gleichzeitig fühlen sich viele Bürger\*innen
- 6 auch abgehängt, sei es wegen fehlender Infrastruktur, fehlendem Wissen über bestimmte
- 7 digitale Technologie oder weil sie keine Hoheit über ihre Daten haben.
- 8 Wir wollen, dass demokratische Politik Digitalisierung so gestaltet und reguliert,
- 9 dass sie den Menschen dient und nützt. Wir wollen nicht, dass Märkte und Konzerne die
- 10 Entwicklung bestimmen.
- 11 Dabei sehen wir die Digitalisierung als originär sozialdemokratisches Thema an: Die
- 12 SPD ist im Zuge der Arbeiter\*innenbewegung des späten 19. Jahrhunderts entstanden,
- 13 also in Reaktion auf die erste Phase der Industrialisierung (Industrie 1.0), nämlich
- 14 die Einführung maschineller Fertigung. Über die Industrie 2.0, die durch die
- 15 Verbreitung von Fließbandarbeit gekennzeichnet war, und die Industrie 3.0, die
- 16 elektronische und computergestützte Steuerung von Maschinen, sind wir mittlerweile im
- 17 Zeitalter der Industrie 4.0, der vernetzten Arbeitswelt, angelangt. Standen in
- 18 der Gründungszeit der SPD vor allem die negativen Auswirkungen der Industrie 1.0 auf
- 19 die Arbeiter\*innen im Fokus unserer politischen Arbeit, so sehen wir uns heute nicht
- 20 nur mit einer sich wandelnden Arbeitswelt, sondern auch mit der Veränderung
- 21 menschlichen Zusammenlebens durch neue digitale Technologien konfrontiert.
- 22 Wir als sozialdemokratische Partei Deutschlands stellen uns im Sinne unserer
- 23 langjährigen Tradition nun erneut der Herausforderung, die Interessen der Menschen in
- 24 Bayern in Bezug auf die durch die Digitalisierung veränderten Arbeits- und
- 25 Lebensbedingungen zu erkennen und zu vertreten, ihnen den Zugang zu Chancen und
- 26 Möglichkeiten der neuen Technologien zu eröffnen und den Menschen wieder vor Gewinn
- 27 und Technologie zu stellen.
- 28 Die vier inhaltlichen Schwerpunkte des Leitantrags Digitalisierung
- 29 1) Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmer\*innen gestalten
- 30 Die Digitalisierung in der Arbeitswelt schreitet täglich voran, ob Prozesse
- 31 automatisiert werden oder Dienstleistungen globalisiert werden, dadurch ändern sich
- 32 permanent die Rahmenbedingungen von Arbeit. Die Nachfrage nach einfachen beruflichen
- 33 Tätigkeiten wird immer geringer und die Nachfrage nach Spezialist\*innen steigt.

34 Dieses bedingt eine permanente Weiterbildung der Arbeitnehmer\*innen, die von  
35 Arbeitgeber\*innen nur unzureichend ermöglicht bzw. unterstützt wird. Gleichzeitig  
36 beklagen sie einen Fachkräftemangel. Die Möglichkeit, dass man bereits nach 20 Jahren  
37 im Beruf auf einmal überflüssig wird, war nie so groß wie heute.  
38 Sharing Economy und Cloud Working können zu einer Prekarisierung von Arbeit führen,  
39 die gesellschaftlich nicht gewünscht ist. Regelmäßig ändern sich durch  
40 Digitalisierungsmaßnahmen komplette Produktions- und Verwaltungsabläufe und erworbene  
41 Qualifikationen werden permanent auf den Prüfstand gestellt.

42 Wir sehen Digitalisierung von Arbeitsprozessen als notwendig für wirtschaftliche  
43 Wertschöpfung an. Darüberhinaus bietet die Digitalisierung auch Chancen für die  
44 Gestaltung von Arbeit in den Betrieben und den Verwaltungen:

- 45 • Organisation (Kompetenzentwicklung, Entscheidungsbefugnisse)
- 46 • Arbeitszeit (Selbstbestimmung, Verfügbarkeit)
- 47 • Zusammenarbeit
- 48 • Gestaltung von Handlungs- und Entwicklungsspielräumen
- 49 • Flexibilität
- 50 • Home Office

51 Hier gilt es schnellstmöglich In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konkrete  
52 Forderungen an den Gesetzgeber und die Arbeitgeber\*innen zu formulieren, was über den  
53 runden Tisch der Digitalisierung der Staatsregierung hinaus geht.

54 Wie mit jeder massiven Veränderung der Arbeitswelt wird es Branchen und Arbeitsplätze  
55 geben, die neu entstehen oder wegfallen. Aktuelle Befunde zu Auswirkungen der  
56 Digitalisierung für Deutschland (IAB/ZEW 2018) sagen voraus, dass es voraussichtlich  
57 nicht weniger Jobs geben wird, sondern Tätigkeitsfelder wegfallen werden. Eine  
58 Verschiebung zu "Nicht-Routine-Tätigkeiten" ist hierbei sehr wahrscheinlich. Dies  
59 führt dazu, dass es gerade nicht und niedrig qualifizierte Arbeitnehmer\*innen sehr  
60 schwer haben werden weiterhin in Beschäftigung zu bleiben.

61 Um dies abzufedern, schlagen wir vor:

62 a. Firmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Umschulungsprogramme für die durch  
63 Digitalisierung negativ betroffenen Arbeitnehmer\*innen zu entwickeln.

64 b. Arbeitnehmer\*innen sollten innerhalb ihrer jeweiligen Arbeitgeber\*innen-Firma  
65 neuqualifiziert werden und eine andere, gleichwertige und gleich bezahlte Tätigkeit  
66 innerhalb der Firma übernehmen können, also nicht in die Arbeitslosigkeit fallen.

67 c. Die Unternehmen sollen also in Umschulungsprogramme investieren, die einem  
68 Arbeitsplatzverlust durch den Einsatz digitaler Technologien vorbeugen. Hierzu sollte  
69 eine Kooperation zwischen Unternehmen in Deutschland und der Agentur für Arbeit  
70 gebildet werden. Die Kosten für die Umschulungen müssen allerdings zum großen Teil  
71 die Unternehmen tragen, da der Einsatz digitaler Technologien ihnen finanzielle  
72 Vorteile bringt.

- 73 d. Auch Mitarbeiter\*innen, welche das Unternehmen verlassen müssen (z.B.  
74 Arbeitsplatzkürzungen) müssen auf den Arbeitsmarkt der Zukunft (der Digitalisierte  
75 Arbeitsmarkt) vorbereitet und geschult werden. Hier ist das Arbeitslosengeld Plus ein  
76 erster Ansatz, auch dürfen 30 oder 40 jährige Berufsbiographien nicht durch ALGII  
77 entwertet werden, wenn eine Weiterbildung nicht mehr möglich ist oder keine neue  
78 Berufsperspektive geschaffen werden kann.
- 79 e. Insgesamt wird es durch die Digitalisierung nicht weniger Arbeit geben, allerdings  
80 verändert sich die Art der Tätigkeiten massiv. Der Stress der modernen Gesellschaft  
81 ist für viele Bürger\*innen sehr belastend. Deshalb plädieren wir perspektivisch für  
82 die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und eine genauere Definition von  
83 Arbeitszeit im digitalen Zeitalter. Gleichzeitig muss die faktisch zulässige  
84 Ausweitung der Arbeitszeit von derzeit 60 Stunden auf maximal 40 Stunden pro Woche  
85 begrenzt werden. Außerdem sollte es ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben. Einer  
86 Entgrenzung von Arbeit, wie sie aktuell zu beobachten ist, ist durch eine Reform des  
87 Arbeitszeitgesetzes entgegen zu wirken.
- 88 f. Eine europäische Sozialversicherungsnummer ist in der digitalen Welt notwendig.  
89 Sie verspricht eine bessere Mobilität von Arbeitnehmer\*innen innerhalb der EU.  
90 Außerdem ist die einfachere Zuordnung von Versicherten bei der Ermittlung von  
91 Versicherungszeiten aus verschiedenen Mitgliedstaaten bei der Prüfung von  
92 Sozialleistungsansprüchen möglich.
- 93 g. Plattformarbeiter\*innen müssen genauso gut geschützt werden, wie konventionelle  
94 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Offline-Welt.
- 95 Wir sprechen uns klar gegen die Bemühungen von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger  
96 aus, über eine Reform des Arbeitsschutzgesetzes die Höchststundenzahl täglicher  
97 Arbeit zu entgrenzen. Arbeitsschutz muss an die Bedürfnisse der Arbeitnehme\*rinnen in  
98 digitalen Zeiten angepasst werden, nicht die Menschen an die Digitalisierung.
- 99 Zusammenfassend ist klar, dass Digitale Arbeit alte und neue Themen der sozialen  
100 Gerechtigkeit massiv beeinflusst:
- 101 • tarifliche Absicherung
  - 102 • Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten
  - 103 • individuelle Beteiligungsrechte
  - 104 • Arbeitnehmer\*innenstatus
- 105 Daraus ergibt sich auch wieder, wie bei der Gestaltung der Arbeit, schnell konkrete  
106 Forderungen bzw. Vorschläge entwickeln zu müssen.
- 107 2) Bildung
- 108 Mit der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche, insbesondere auch der  
109 Arbeitswelt, ist eine kontinuierliche Bildung und Weiterbildung elementar für den  
110 Erhalt und Ausbau von Wohlstand. Bildung wird auch beim Gelingen einer sozialen  
111 Digitalisierung die Schlüsselrolle zukommen. Bildung wird nötig sein, digitale  
112 Technologien der gesamten Bevölkerung näher zu bringen; Bildung wird nötig sein, um

- 113 für die Digitalisierung wichtige Expertise aufzubauen, Weiterbildung wird  
114 Weiterbeschäftigung garantieren.
- 115 Deshalb schlagen wir eine Digitalisierungsoffensive in der Bildung vor:
- 116 • Medienkompetenz: Der Erwerb von Medienkompetenz gehört ohne Zweifel zu den  
117 Basiskompetenzen und ist die Grundlage für mündige Bürger\*innen. Wissen über  
118 heutige Medien und ihre Arbeitsweisen und vor allem über die Mediennutzung und  
119 eine kritische Auseinandersetzung mit einem sich ständig wandelnden  
120 Medienangebot, müssen erlernt und immer weiter verbessert werden. Junge Menschen  
121 müssen besonders über die Auswirkungen sozialer Medien auf die psychische  
122 Gesundheit informiert werden und Fakten von Meinungen oder Fake News  
123 unterscheiden können.
  - 124 • Schule: Digitalisierung und der Erwerb digitaler Kompetenzen müssen in Schule  
125 und Unterricht systematisch gefördert werden. Digitalisierung umfasst drei  
126 Kernbereiche: technische (wie funktioniert das?), eine gesellschaftliche (wie  
127 wirkt das?) und eine sozial-kommunikative (wie nutze ich das?). An diesen  
128 Punkten muss auch politisches Handeln/Steuerung ansetzen.
- 129 Für Kinder und Jugendliche sind digitale Prozesse, digitale Umgebungen fester  
130 Bestandteil ihrer Lebenswelt und Alltagserfahrungen. Eine Differenzierung zwischen  
131 on- und offline ist weder möglich noch der Alltagserfahrung angemessen. Daher muss  
132 Schule fächerübergreifend Schülerinnen und Schüler in der Entwicklung und kritischen  
133 Reflexion digitaler Kompetenzen begleiten und unterstützen:
- 134 - Digitale Medien sind relevant in der Gestaltung von politischen  
135 Sozialisationsprozessen
  - 136 - Aufklärung und Diskurs über Verhalten und Phänomene in digitalen Umgebungen sind  
137 unerlässlich
  - 138 - Aufklärung über und Umgang mit Gefahren im digitalen Raum wie Cybermobbing,  
139 Catfishing, Identitätsdiebstahl, Datensicherheit sollten Bestandteile des Unterrichts  
140 sein
  - 141 - Schülerinnen und Schüler sollten im Umgang mit digitalen Medien geschult bzw.  
142 begleitet werden, was auch Kreativität/Interessen umfasst und den  
143 selbstverständlichen Umgang mit digitalen Medien und der Reflexion ihrer Potentiale,  
144 Grenzen und Risiken durch Schüler\*innen umfasst. Hierfür sind entsprechend angepasste  
145 Lehrformate/Lernmittel essenziell, wobei Programmieren nicht die einzige Form der  
146 Digitalisierung ist
  - 147 Entsprechend müssen Lehrkräfte systematisch geschult und ausgebildet werden,  
148 Lehrpläne angepasst werden um dann auch die notwendige digitale Infrastruktur an den  
149 Schulen nutzen zu können. Hierfür muss das Thema Digitalisierung auch in die  
150 Modulstrukturen der Lehrer\*innenausbildung an den Universitäten integriert werden.
  - 151 • Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften: Wir müssen in  
152 Deutschland sicherstellen, dass wir genügend Experten für die Bewältigung der  
153 Digitalisierung und zur Entwicklung digitaler Produkte und Prozesse zur



154 Verfügung stehen haben, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.  
155 Deshalb soll die Ausbildung / das Studium speziell in den  
156 Digitalisierungsberufen, z.B. Data Scientists, gefördert und Anreize geschaffen  
157 werden, dass diese für den deutschen Staat und deutsche Unternehmen arbeiten und  
158 das digitale Deutschland stärken (Rückgewinnung der Souveränität Deutschlands im  
159 Bereich digitale Plattformen und Technologien gegenüber CN und USA). Auch  
160 Richter\*innen und Polizist\*innen müssen speziell auf dem Gebiet des digitalen  
161 Rechts ausgebildet werden (Datenschutz, Cybercrime, Hass und Hetze im Netz  
162 etc.).

- 163 • Erwachsenenbildung: Die Nationale Weiterbildungsplattform/ virtuelle  
164 Volkshochschule soll für alle Mitarbeiter\*innen, die sich weiterbilden wollen  
165 oder müssen, zur Verfügung stehen. Wir benötigen Anreize, damit Menschen Spaß am  
166 "Lebenslangen Lernen" bekommen. Zudem sollen offene Schnittstellen etabliert  
167 werden, die die Verknüpfung anderer virtueller Schulungsinhalte ermöglichen. Im  
168 ersten Jahr sollen 1% der Bevölkerung mindestens einen der von der virtuellen  
169 Volkshochschule veröffentlichten Digitalisierungskurse absolvieren.
- 170 • Bezahlter Bildungsurlaub: In der Arbeitswelt muss das Recht auf bezahlten  
171 Bildungsurlaub in Bayern durchgesetzt werden, damit Arbeitnehmer\*innen, wo die  
172 Arbeitgeber\*innen keine eigene Weiterbildung anbieten, die Möglichkeit haben  
173 ihre Qualifikation zu erhalten bzw. auszubauen.
- 174 • Auch im Bereich der Digitalen Arbeit dürfen wir nicht unnötiger Akademisierung  
175 verfallen. Wie in der produzierenden Industrie sind auch hier Tätigkeitsbereiche  
176 z.B. sehr gut für Fachinformatiker\*innen geeignet. Das erfordert natürlich eine  
177 zeitnahe Überarbeitung von Ausbildungsinhalten bzw. die Schaffung neuer  
178 Berufsfelder.
- 179 • Wir als SPD wollen uns als die Digitalisierungspartei Deshalb wollen wir  
180 Digitalisierungsaufklärung über Grundprozesse und -begriffe der Digitalisierung  
181 in Form von YouTube Videos veröffentlichen.

### 182 3) Digitalisierung und Staat/ Verwaltung

183 Eine vernünftige Teilhabe der Bevölkerung und der Unternehmen an der Digitalisierung,  
184 gerade im ländlichen Raum, bedingt eine wichtige Sichtweise auf die Infrastruktur.  
185 Diese sollte heutzutage Teil der Daseinsfürsorge sein und darf nicht dem freien Spiel  
186 des Marktes überlassen werden, da die Erfahrung zeigt, dass Regionen wirtschaftlich  
187 abgehängt werden, wenn die Infrastruktur nicht vorhanden ist. Deshalb müssen  
188 ländliche, halbverdichtete und städtische Gebiete gleichermaßen gefördert werden  
189 können, damit sie auch gleichermaßen an der digitalen Transformation partizipieren  
190 können. Der Breitbandausbau ist moderne Daseinsvorsorge. Daher müssen für die  
191 kommunalen Unternehmen die wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden,  
192 das auch sie Fördermittel erhalten.

193 Breitbandausbau im stationären Bereich, sowie Mobilfunkausbau hinken den technischen  
194 Möglichkeiten noch hinterher, obwohl eine vernünftige Anbindung an die

195 Netzinfrastruktur für die Bevölkerung und Unternehmen immer wichtiger wird.  
196 Unternehmen suchen ihre Standorte u.a. nach den Infrastrukturmöglichkeiten aus,  
197 Arbeitnehmer\*innen werden ein Recht auf Homeoffice nur durchsetzen können, wenn die  
198 Infrastruktur stimmt. Gerade im ländlichen Raum ist die Mobilfunkabdeckung nach den  
199 Karten der Bundesnetzagentur in Bayern teilweise noch auf dem 2G Standard, obwohl 4G  
200 heute der Normalzustand sein sollte und 5G grade eingeführt wird. Beim  
201 Breitbandausbau im stationären Bereich, wo mittlerweile Anbindungen bis 500 mbit/sec  
202 möglich sind, ist der Großteil noch mit weniger als 50 mbit/sec unterwegs.

203 Deswegen fordern wir die Entflechtung von Infrastruktur und Zugangsanbieter\*in, wie  
204 sie im Strommarkt bereits statt gefunden, hat mit einer Pflicht, die Infrastruktur  
205 nach den technischen Möglichkeiten auszubauen. Speziell im Bereich Mobilfunk können  
206 hierdurch Doppelstrukturen (im Bereich Zugangspunkte) vermieden werden und eine  
207 Versorgung der Bevölkerung nach den technischen Möglichkeiten und nicht nach  
208 wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen sichergestellt werden. Hierzu soll der  
209 weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur in die öffentliche Hand gegeben werden.

210 Wir sehen die Digitale Infrastruktur außerdem als weitere wichtige Säule der  
211 Staatssouveränität sowie als zentral für die innere und äußere Sicherheit  
212 Deutschlands und unterstützen z.B. die Speicherung von Bodycam Daten der deutschen  
213 Polizei auf Amazon Servern aus datensicherheitstechnischen Gründen nicht.

214 Deshalb schlagen wir vor, eine deutsche/europäische digitale Infrastruktur aufzubauen  
215 und die bestehende Infrastruktur in dieselbige zu überführen, denn nur so ist die  
216 Souveränität Deutschlands/Europas im Angesicht der Digitalmächte China und USA zu  
217 erhalten. Folgendes muss dabei beachtet werden:

- 218 • Netzneutralität: Daten müssen neutral über das Internet übermittelt werden  
219 unabhängig von Diensten und Anwendungen.
- 220 • 5G-Netze werden zum künftigen Rückgrat unserer zunehmend digitalisierten  
221 Gesellschaften. Sie verbinden Milliarden vernetzter Objekte und Systeme, auch in  
222 kritischen Sektoren wie Energie, Verkehr oder Gesundheit und verarbeiten  
223 sensible Informationen. Die Absicherung der 5G-Netze ist daher von größter  
224 Bedeutung. Dazu müssen die Sicherheitsanforderungen an die  
225 Mobilfunknetzbetreiber verschärft werden. Abhängigkeiten von einzelnen Hardware-  
226 und Software-Herstellern sind zu vermeiden. Stattdessen sollte die Anschaffung  
227 von Hardware und Software diversifiziert werden.
- 228 • Wir fordern eine genaue Aufklärung, was eine deutsche/europäische digitale  
229 Infrastruktur bezüglich 5G Hardware und Software und angesichts der  
230 Marktvormacht amerikanischer und chinesischer Technologieunternehmen bedeuten  
231 kann.
- 232 • Außerdem soll eine Kommunale Digitalplattform aufgebaut werden, die verschiedene  
233 Module beinhaltet, und sowohl die Erledigung von Amtsangelegenheiten als auch  
234 den sozialen Austausch ermöglicht. Hierzu müssen dezidierte Anforderungsstudien  
235 folgen.
- EU-weit muss mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden, damit Europa

- 236 Technologieführer bei den neuen Spitzentechnologien wie 6G, Supercomputing,  
237 Roboti Blockchain wird.
- 238 • Zudem müssen wir eine deutsche/europäische Cloud bzw. deutsches/europäisches  
239 Serverzentrum sowie eine deutsche/europäische KI-Plattform Dies wird auch die  
240 Datensicherheit signifikant verbessern. Die Idee eines europäischen „KI-Airbus“,  
241 also der Bündelung der europäischen Kompetenzen in einem Unternehmen, stärkt die  
242 Unabhängigkeit von ausländischen Herstellern und muss weiterverfolgt werden.
  - 243 • Gegen Gesichtserkennungstechniken und deren Verwendung zur Überwachung in  
244 Deutschland lebender Bürger\*innen sprechen wir uns ausdrücklich aus. Gegen eine  
245 weitere Aushöhlung von Datenschutz und informationeller Selbstbestimmung,  
246 insbesondere anlasslose Überwachung und Aufweichung strafprozessualer Grundsätze  
247 sprechen wir uns ausdrücklich aus.
  - 248 • Start-ups im Bereich Digitalisierung müssen weiterhin und noch stärker gefördert  
249 werden. Besondere Unterstützung benötigen diese Unternehmen, wenn sie in die  
250 Größe eines kleinen und mittleren Unternehmens Desweiteren müssen gemeinsam  
251 Businessmodelle entwickelt werden, die darauf abzielen, dass diese Unternehmen  
252 nicht von US-amerikanischen und chinesischen Unternehmen oder Staatsbürger\*innen  
253 aufgekauft werden, sondern in Deutschland/ Europa verbleiben.
  - 254 • Zweimal im Jahr sollen besonders innovative deutsche Unternehmen und Initiativen  
255 im Bereich Digitalisierung mit einem Deutschen Digitalisierungspreis  
256 ausgezeichnet werden, um die Öffentlichkeit zu informieren und über den Stand  
257 der Technik aufzuklären.
  - 258 • Der Einzelhandel in Bayern soll durch eine staatlich unterstützte Plattform nach  
259 dem Vorbild der in Siegen entwickelten Plattform "Lozuka" gestärkt werden, damit  
260 wieder mehr lokal gekauft wird.
- 261
- 262 Die weitreichenden Folgen der Digitalisierung verlangen unserer Meinung nach strenge  
263 Ethikrichtlinien, die unseren Bürger\*innen eine sichere und soziale Digitalisierung  
264 garantieren. Wir schlagen deshalb vor den sog. Digital Ethics Brand zu entwickeln.
- 265 • Deutschland soll sich innerhalb der EU und darüber hinaus einen Namen im Bereich  
266 Ethik der Digitalisierung verschaffen und erreichen, dass europäische  
267 Ethikrichtlinien in jede Form künstlich intelligenter Systeme eingebaut werden  
268 müssen, bevor sie eine Zulassung in der EU erhalten können.
  - 269 • Weitere Inhalte des Digital Ethics Brand müssen die Themen Datensicherheit,  
270 digitale Grund- und Bürgerrechte, digitale Staatssouveränität,  
271 diskriminierungsfreie Algorithmen, digitale Marktmacht, Open Data, staatliche  
272 Regulierung des Internet/ Open Internet (siehe Inrupt) sein
  - 273 • Als wichtigen inhaltlichen Bestandteil des Digital Ethics Brands fordern wir zum  
274 Beispiel ein Verbot autonomer Waffensysteme und die Verhinderung von  
275 Singularität mittels eines verpflichtend eingebauten Ausschalters in allen  
künstlich intelligenten Systemen auf dem Markt.

276

277 Eine digitale Verbraucher\*innen- und Produktsicherheitsinstitution

278 Die Entwicklung und Nutzung neuer KI-Technologien hat das Potenzial, unsere  
279 Gesellschaften bis zur Unkenntlichkeit zu verändern. Die EU wird verbindliche  
280 ethische Richtlinien für die Entwicklung, das Design, die Produktion, den Einsatz und  
281 die Modifizierung von Robotern und anderen KI-Technologien benötigen, der sich auf  
282 die Wahrung der Grundrechte, ethische Aspekte, rechtliche Garantien und Haftung  
283 konzentriert und damit unsere demokratischen Gesellschaften und Bürgerinnen und  
284 Bürger als Konsumenten schützt (Digital Ethics Brand). Um die Einhaltung des Digital  
285 Ethics Brand sicherzustellen, schlagen wir eine neu einzurichtende digitale  
286 Verbraucher- und Produktsicherheitsinstitution vor. Diese soll eine unabhängige  
287 Monitoringfunktion bezüglich neu zugelassener KI Produkte erfüllen.

- 288 • Zudem soll sie sich eines Vetorechts gegenüber Anbieter\*innen digitaler  
289 Technologien, speziell auch solcher, die künstliche Intelligenzen nutzen,  
290 bedienen können.
- 291 • Verankerung von Security by Design in Normen und Standards.
- 292 • Zulassung künstlich intelligenter Systeme ähnlich zur Medikamentenzulassung.
- 293 • Vergabe von Zertifikaten, Güte- und Sicherheitssiegeln.
- 294 • Überarbeitung des Produkthaftungsgesetzes und Anpassung an Software/ KI  
295 Anwendungen etc.
- 296 • Überarbeitung des AGB-Rechts, sodass Sicherheitsupdates von Softwareprodukten  
297 nicht ausgeschlossen werden können.
- 298 • Zulassung nur solcher KI Systeme, die dem Wohle des Menschen im Sinne unseres  
299 Grundgesetzes dienen.
- 300 • Qualitätsmanagement für digitale Technologien entwickeln und  
301 Produktqualitätsüberprüfung ausführen.
- 302 • Sicherheit von Apps bzw. Identifikation potenzieller Spionageapps.
- 303 • Kennzeichnung von Produkten und Prozessen, in denen künstliche Intelligenz  
304 entscheidet.
- 305 • Aufbewahrung und Analyse der Dokumentation künstlich intelligenter Systeme, die  
306 in Deutschland entwickelt oder vertrieben werden.
- 307 • Überprüfung des Vorhandenseins von Ausschaltern in künstlich intelligenten  
308 Systemen
- 309 • Open Data soll Industriestandard werden, weshalb die digitale Verbraucher\*innen-  
310 und Produktsicherheitsinstitution im Besonderen auch das Open Data Prinzip in  
311 neu zuzulassenden Produkten prüfen soll.

309

310

311

312 Ein konsequenter Ausbau digitaler Leistungen in der Verwaltung (sog. eGovernance) ist

313 unbedingt notwendig, da er die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen vereinfacht.  
314 Wir schlagen hierfür als Tool die Kommunale Digitalplattform vor. Hierbei sehen wir  
315 die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) in der Pflicht. Diese  
316 soll dementsprechend finanziell gefördert und ausgebaut werden. Folgendes ist beim  
317 Aufbau einer digitalen Verwaltung zu beachten:

- 318 • darf nicht zur Benachteiligung bestimmter Bürger\*innen-Gruppen führen (bedingt  
319 durch Einschränkungen)
- 320 • darf nicht zur Überwachung genutzt werden
- 321 • die Verwendung der Daten muss immer zweckgebunden sein
- 322 • soll zur Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben genutzt werden
- 323 • die Nutzung digitaler Daten von Personen und Unternehmen muss weiter strengsten  
324 Auflagen unterliegen: Nutzung nur bei konkreter Bedrohungslage, Aufklärung von  
325 schweren Straftaten gegen Leib und Leben, Aufklärung von militärischen  
326 Aktivitäten. Eine entsprechende Datennutzung muss nachvollziehbar dokumentiert  
327 werden und richterlich genehmigt werden.
- 328 • Als SPD wollen wir die Bürger\*innen zur stetigen und räumlich unabhängigen  
329 Wahrnehmung ihrer Mitgliedsrechte und politischen Bürger\*innenpflichten  
330 befähigen. So muss politische Aktivität und Beteiligung auch jenseits der  
331 bestehenden Strukturen ermöglicht werden. Auch hierfür schlagen wir eine  
332 gesonderte Funktionalität auf der Kommunalen Digitalplattform vor.

333 Zudem bekräftigen wir die absolute Notwendigkeit der Einführung der Digitalsteuer:  
334 Firmen, die mit digitalen Services, Technologien und Produkten im deutschen  
335 Wirtschaftsraum mehr als einen bestimmten Umsatz erwirtschaften, muss eine  
336 Digitalsteuer von einigen Prozent des jährlichen Umsatzes auferlegt werden. Die  
337 Erträge dieser Digitalsteuer sollen ausschließlich in den Aufbau und die Verbesserung  
338 der digitalen Infrastruktur und Ausbildung in Deutschland fließen.

#### 339 4) Digitalisierung und Medien

340 Qualitätsjournalismus ist unersetzlich für ein faires, nachvollziehbares und gut  
341 funktionierendes demokratisches Staatssystem. Dies gilt umso mehr, da Nachrichten und  
342 deren Bewertung in den Social Media durch den Einsatz von auch aus dem nicht-  
343 europäischen Ausland finanzierten Chatbots verzerrt wird und so auch zur  
344 Beeinflussung nationaler Wahlen führen kann. Dies ist unter allen Umständen zu  
345 verhindern. Außerdem schlagen wir ein Ampelsystem zur für Bürger\*innen allgemein und  
346 gut nachvollziehbaren Identifikation von Fake News vor. Hier sehen wir die deutsche  
347 Journalistinnen- und Journalisten-Union in Zusammenarbeit mit dem BMBF als  
348 Verantwortliche für die Ausdefinition des Ampelsystems.

349 Deepfakes sind eine zunehmende Bedrohung für die öffentliche Ordnung und für die  
350 Demokratie. Sie vermitteln den Eindruck, dass Personen etwas völlig Abwegiges sagen.  
351 Dabei sind die Videos durch künstliche Intelligenz manipuliert. Urheber von Deepfakes  
352 müssen zur Rechenschaft gezogen werden und Plattformen sollten solche Videos zum

353 Beispiel mit einem Wasserzeichen kennzeichnen.

354 Das Internet ist der wichtigste Multiplikator für rechtsextremistische Hetze und  
355 Vernetzung, trägt also entscheidend zu einem Erstarren des Rechtsextremismus in  
356 Deutschland und Bayern bei. Dieser Entwicklung muss unter allen Umständen und mit  
357 aller Stärke entgegengewirkt werden. Wir fordern die Gründung einer mit allen nötigen  
358 finanziellen und personellen Mitteln ausgestatteten Task Force "Digitaler  
359 Rechtsextremismus" bei der Polizei in Bayern, deren Kernaufgaben Aufdeckung rechter  
360 Netzwerke, Monitoring der Radikalisierung relevanter Einzelpersonen, Verhinderung von  
361 Anschlägen, strafrechtliche Verfolgung. Dazu müssen die Sicherheitsbehörden mit den  
362 entsprechenden Big Data Analyse-Tools ausgestattet sein und eine Ausbildung zu deren  
363 effektiver Nutzung erhalten. Data Scientists sollen essenzieller Bestandteil der Task  
364 Force sein. Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus soll  
365 beratend unterstützen.

366 Die Rechtsprechung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren in den Bereichen  
367 Datenschutz, Cybercrime, Hass und Hetze im Netz, etc. bereits Fortschritte gemacht  
368 und Gesetze erlassen, die es Bürger\*innen ermöglichen, gegen Straftaten im Netz  
369 vorzugehen. Allerdings ist dies noch nicht im Bewusstsein der Gesellschaft verankert.  
370 Daher fordern wir umfassende Aufklärungskampagnen, die genauer darlegen, mit welchen  
371 Mitteln man sich gegen derartige Straftaten zur Wehr setzen kann.

372 Social Media Plattformen wie zum Beispiel Facebook haben enorme Marktmacht auch  
373 dadurch erhalten, dass sie sich von anderen, kleineren Plattformen durch nicht  
374 kompatible Standards beim Schreiben von Nachrichten, Versenden von Dateien etc.  
375 abschotten. Deshalb fordern wir Interoperabilität zwischen den großen Social Media  
376 Plattformen und kleineren Plattformen, damit letztere ihren Marktanteil ausbauen  
377 können. All dies muss mit der progressiven Datenteilungspflicht (Daten-für-alle  
378 Initiative) einhergehen, damit die marktbeherrschenden Plattformen ihren Vorteil  
379 nicht weiter ausbauen können und die in der Regel datenschutzfreundlicheren kleineren  
380 Plattformen ihre hohen Datenschutzstandards halten können. Die Datensouveränität muss  
381 sichergestellt werden, indem die Plattformen verpflichtet werden, alle über eine  
382 Person gespeicherten Daten an diese herauszugeben zu müssen.